

Ausschuss für Inneres und Sport

(47. - öffentliche - Sitzung am 14. März 2019)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den Fund einer selbst gebastelten Rohrbombe mit nationalsozialistischen Symbolen an einem Baggersee in Haren im Landkreis Emsland**

Der Ausschuss folgte dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig und bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen im Niedersächsischen Landeswahlgesetz (NLWG) und im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/29](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 16) anzunehmen und den Einsender der **Eingabe 03455/02/17** über die Sach- und Rechtslage zu informieren.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Belit Onay (GRÜNE).

3. a) **Bericht der Landesregierung zur Evaluierung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/3150](#)
- b) **Sportstätten fördern: Sportland Niedersachsen fit für die Zukunft machen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1842](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung und eine Stellungnahme des Landessportbundes entgegen und führte darüber eine Aussprache

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3037](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und besprach Verfahrensfragen. Die Koalitionsfraktionen kündigten an, einen ergänzenden Änderungsvorschlag vorzulegen. Der Ausschuss kam überein, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten, sobald der Vorschlag vorliegt.

5. **Bürokratiearme Zulassung von Schalldämpfern**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2568](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Mitberatung zurückzustellen, bis die erwartete Gesetzesinitiative zur Änderung des Waffengesetzes auf Bundesebene vorliegt.

Außerhalb der Tagesordnung:

Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2902](#)

Der Ausschuss hatte in der 46. Sitzung am 7. März 2019 beschlossen, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Er einigte sich nunmehr auf den Kreis der Anzuhörenden.

Terminangelegenheiten

Der Vorsitzende informierte den Ausschuss darüber, dass die für den 21. März 2019 geplante Sitzung entfällt.